



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — **Sämtliche Postaufkäufe nehmen Abonnements an.** — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Für die Woche vom 26. März bis 1. April
ist die Beitragsmarke in das mit 13 bezeldnete
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands- vorstandes.

Der nachstehende Antrag der Zahlstelle
Dresden hat unsere Zustimmung gefunden:

„Vom 3. April 1916 an beträgt der Ortsbeitrag
der Zahlstelle Dresden pro Mitglied und Woche
10 Pfg. Der bisher gezahlte Monatsbeitrag wird
damit aufgehoben.“

Bestehende Reste nach den früheren Sitzungen
sind baldigst zu begleichen oder werden im Unter-
stützungsfalle abgezogen.“

Die vorstehende Neuregelung tritt mit dem
3. April 1916 in Kraft, und ist die erste Beitrags-
zahlung in Dresden am 8. April zu leisten.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Die Berufsarbeit der Frauen und Mädchen nach dem Kriege.

I.

Offenbar hat die berufsmäßige Tätigkeit
unserer weiblichen Volksgenossen während des
Krieges ganz bedeutende Fortschritte gemacht. In
alle Erwerbszweige sind die Frauen und Mädchen
eingedrungen, nachdem Millionen von Männern
ins Feld ziehen mußten. Auf dem Lande war die
Zahl der erwerbstätigen weiblichen Personen von
jeher groß, was im Befeh der landwirtschaftlichen
Arbeit begründet liegt, aber in der Stadt gab es
noch viele Berufe, die ihnen mehr oder minder
verschlossen blieben. Die Männer weigerten sich
vielfach, Frauen und Mädchen in die Betriebe auf-
zunehmen, weil sie die Konkurrenz der niedrigen
Löhne fürchteten, und sie verschleierten diese
Segnerschaft durch die Behauptung, daß die Frau
ins Haus gehöre. Im Verlaufe des Krieges ist
dies ganz anders geworden, denn die Frauen-
arbeit wurde unentbehrlich zur Ausfüllung der
Lücken. Darum findet man jetzt überall Frauen
und Mädchen als Arbeiterinnen, Angestellte und
Beamtinnen in Tätigkeit, und wenn wir auch
noch bislang keine ordnungsmäßige Statistik über
diese Tätigkeit haben, so lehrt uns doch der Augen-
schein, daß die Zahl der weiblichen Berufstätigen
ungewöhnlich hoch ist. Für unser Wirtschaftsleben
ist es natürlich ein großes Glück, daß die Frauen
und Mädchen die Stelle der Männer sachgemäß
auszufüllen vermögen, denn wohin wären wir
wohl gekommen, wenn dies nicht der Fall wäre.
Das wirtschaftliche Durchhalten in diesem Welt-
kriege ist für unser deutsches Volk nur dadurch
ermöglicht worden, daß Millionen weiblicher Per-
sonen seit Jahrzehnten für eine Berufsarbeit vor-
gebildet und geschult sind. Und auch nach dem
Kriege wird die weibliche Berufsarbeit in großem

Umfange bestehen bleiben, weil die kassenden
Lücken nicht so bald wieder ausgefüllt werden
können. Es ist dies eine Tatsache, die man be-
klagen oder mit Freuden begrüßen mag, die aber
nicht aus der Welt zu schaffen ist. Die wirt-
schaftlichen Verhältnisse treiben immer mehr
Frauen und Mädchen aus dem Haus in die
Berufsarbeit hinein, und dagegen hilft kein
Sträuben. Dies Sinaustreiben ist sogar im wört-
lichen Sinne zu verstehen, denn die Heimarbeit,
die neben der häuslichen Tätigkeit verrichtet
wurde, wird ständig zurückgebracht zugunsten der
Arbeit in Fabriken, Werkstätten usw.

Es gibt Leute, die hierin einen großen Fort-
schritt erblicken. Sie behaupten nämlich, es sei
von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, daß
die teure Männerarbeit durch billigere Frauen-
arbeit ersetzt wird. Wenn ein Unternehmer mit
einer billigen Arbeitskraft auskommen könne, so
solle man ihm nicht zumuten, aus irgendwelchen
sentimentalen Gründen teurere Arbeitskraft zu
verwenden und dadurch seine Herstellungskosten zu
steigern. Die nationale Volkswirtschaft habe keinen
Vorteil davon, wenn eine Arbeit, die von Frauen
geleistet werden könne, Männern übertragen werde,
die höhere Löhne bezögen und dadurch die Pro-
duktion verteuerten. Nach dem Kriege werde sich
ein heftiger Kampf um die Absatzgebiete auf dem
Weltmarkt entspinnen, und da sei es nur von
Vorteil, wenn unsere Herstellungskosten niedrig
und unsere Waren billig seien. Das könne aber
zweifellos durch eine ausgiebigere Verwendung
der Frauenarbeit geschehen. Wenn gesagt werde,
die Arbeiterin verdiene im Verhältnis zum
Arbeiter zu wenig, so müsse man diesen Satz um-
drehen und sagen, daß der Arbeiter im Verhältnis
zur Arbeiterin zu viel verdiene.

Es ist ohne Zweifel eine starke Strömung
vorhanden, die Arbeit der Frauen und Mädchen
ihrer Billigkeit wegen noch mehr ins wirtschaftliche
Leben einzuführen, als dies bisher schon der Fall
gewesen ist. Daß eine solche Auffassung, die von
rein materiellen Gesichtspunkten ausgeht, und
weber auf die Gesundheit der weiblichen Per-
sonen, noch auf ihre sozialen Verrichtungen als
Mütter und Hausfrauen Rücksicht nimmt, große
Bedanken hervorruft, braucht wohl nicht erst be-
sonders erwähnt zu werden. Einsichtige Beobachter
der gegenwärtigen Verhältnisse in unserem wirt-
schaftlichen und sozialen Leben schütteln den Kopf
über jene Schwärmer, die in dem Umsichgreifen
der Frauenarbeit den Ausbruch einer neuen
Kulturperiode erblicken. Und sie erinnern sich mit
einem mitleidigen Lächeln an jene Sturmperiode
der modernen Frauenbewegung, als das Ein-
dringen der Frau in alle Berufe als das Ideal
einer neuen Gesellschaft gepriesen wurde.

Was zunächst die gesundheitliche Seite der
Frage anbelangt, so kann es ja gar keinem Zweifel
unterliegen, daß sich gewisse Erwerbsarbeiten über-
haupt für Frauen und Mädchen nicht eignen.
Das leuchtet ohne weiteres ein und das hat die
deutsche Arbeitererschaft schon lange eingesehen,
weßhalb sie sich auf ihren Kongressen nicht gegen
die Frauenarbeit an sich, sondern lediglich gegen

die gesundheitschädliche Frauenarbeit wandte.
Das war und ist ein sehr richtiger Standpunkt.
Es greift einem Menschenfreunde ans Herz, wenn
er heutzutage sehen muß, wie weibliche Personen
Arbeiten machen, die für sie nicht passen, weil sie
dadurch für ihre Verrichtungen als Mütter un-
fähig oder wenigstens ungeeignet gemacht werden.
Dagegen sind alle Einwendungen vergeblich. In
den letzten Monaten haben sich interessante De-
batten darüber abgepielt, ob Frauen und Mädchen
in Maschinenfabriken Verwendung finden sollen.
Ein Ingenieur bejahte diese Frage und behauptete,
daß sie diese Arbeit sehr wohl verrichten könnten.
Die Arbeiterinnen hätten Lust zum Lernen und
nähmen willig die Belehrungen an, sie gäben sich
Mühe und arbeiteten sich leicht in die Verhältnisse
ein; wenn sie frühzeitig in die Arbeit hinein-
kämen, so wären die Schwierigkeiten nur gering,
von einer Gesundheitschädigung könne keine
Rede sein. Diese Auffassung fand merkwürdiger-
weise die Zustimmung einer Frau, die mehrere
Monate lang in einer großen Automobil- und
Motorenfabrik praktisch gearbeitet hatte. Sie hat
ihrer Angabe nach jeden Tag von 7 Uhr bis 5 Uhr
gearbeitet und alle möglichen Arbeiten verrichtet.
Zuerst sei ihr die Arbeit schwer geworden, und
sie sei abends sehr müde und abgepannt gewesen.
Aber diesen Zustand habe sie bald überwunden,
und als erst die Wäfen an den Händen zu
Schwielen geworden seien, habe sie keine Be-
schwerden mehr gehabt. Die Muskeln seien ge-
kräftigt worden und der Körperzustand habe sich
gehoben. Die Frau faßt ihr Urteil dahin zu-
sammen, daß die Fabrikarbeit körperlich sehr wohl
auszuhalten sei, weßhalb es wünschenswert er-
scheine, daß sich zahlreiche Frauen und Mädchen
diesen Berufen zuwenden. Allerdings müßten
die Unternehmer das bezagen, was die Arbeit
wert sei und die Arbeiterinnen nicht als Boh-
brüderinnen benutzen. Der Betriebsleiter einer
großen Fabrik kommt zu einem ganz anderen Er-
gebnis. Er warnt mit aller Entschiedenheit davor,
daß man die Fabrikarbeit zu einem Lebensberufe
der Frau machen wolle. Als Notbehelf möge es
gehen, aber von Dauer sei es nicht. Aus rein
körperlichen Gründen sei es nicht möglich, daß
eine Frau ihre Stelle an der Drehbank, Bohr-
maschine usw. ausfüllen könne. „Es tut einem
leid, sehen zu müssen, wie eine Frau bei der
schweren körperlichen Arbeit sich aufbraucht, und
wie sie trotz gleichbleibendem Stücklohn nur in den
allerletzten Fällen den normalen Arbeitslohn
des Mannes erreicht. Die Einschränkung der
Frauenarbeit in den Fabriken bedeutet ein wert-
volles Verdienst unserer sozialen Fürsorge, und
daran muß im gesundheitlichen Interesse der Frau
und auch im Interesse einer gesunden Nach-
kommenchaft festgehalten werden.“ Demgegenüber
mache der Verteidiger der Frauenarbeit geltend,
daß nach seinen Beobachtungen der Gesundheits-
zustand der arbeitenden Frauen und Mädchen
durchaus normal sei, und daß die durch den
höheren Verdienst ermöglichte bessere Ernährung
gesundheitsfördernd wirke. Nur der Mißbrauch
der Frauenarbeit müsse bekämpft werden, nicht

aber die normale, ohne Ueberanstrengung zu leistende Arbeit.

Allen Einwendungen zum Trost will es uns doch scheinen, als ob jene Sachkenner recht haben, die die schwere, fabrikmäßige Erwerbsarbeit der Frauen und Mädchen aus gesundheitlichen Rücksichten verwerfen. Welche Gründe sozialer Art dagegen sprechen und wie unserer Meinung nach die Frage zu entscheiden ist, wollen wir in einem Schlussartikel erörtern.

Die technischen Kriegsnöte in den Maschinenfälen.

II.

Über noch ist die Reihe der technischen Kriegsnöte in den Maschinenfälen nicht erschöpft. Manche neuere Klebestoffe, die zur Zurechtung dienen müssen, zeichnen sich durch ganz bössartige Reizwirkungen auf die Hände der Drucker aus. Schon mancher Maschinenmeister hat Hautentzündungen über sich ergehen lassen müssen, die ihr Entstehen nur den ägenden Wirkungen mancher Klebestoffe verdankt. Es wäre also auch hier mancherlei Anlaß vorhanden, die Verwendbarkeit der neueren Klebestoffe nicht nach den Empfehlungen ihrer Lieferanten, sondern nach vorsichtigen und kritischen Proben durch die Maschinenmeister selbst zu beurteilen. Es würde dadurch manche Minute an der Zurechtung gespart und schließlich auch gesundheitliche Schädigungen der Arbeiter verhindert.

Eine besonders empfindliche Hemmung stellt sich einer rationellen Arbeitsweise in den Maschinenfälen auch noch durch die zunehmende Verschlechterung der Papierqualitäten entgegen. Alle Papiere, die in neuerer Zeit hergestellt und geliefert werden, weisen für einen sauberen und flotten Fortdruck sehr erhebliche Mängel auf. Kommen sie zu „jung“, d. h. noch nicht genügend gelagert oder temperiert, zum Druck, so sind sie so elektrisch oder magnetisch, daß oft 20 bis 50 Bogen fest aneinander hängenbleiben und sich nur mit größter Mühe und Geduld voneinander lösen lassen. Daß die Verarbeitung solcher Papiere an Ziegel oder Schnellpressen jedes geregelte Arbeiten aufhebt, kann jeder merken, wenn er sich nur einige Minuten daneben stellt, um zuzusehen, auch wenn er nicht das geringste davon versteht. Zur direkten Strafarbeit gestaltet sich aber die Sache, wenn Anlageapparate in Frage kommen. Da kann man von einer Arbeit überhaupt nicht mehr reden; es ist vielmehr größte Schinderei. Maschinenmeister, die auch nur einmal das Pech hatten, ein solches Papier verarbeiten zu müssen, bekommen eine Gänsehaut, wenn sie nur daran denken. Hat aber das Kriegspapier glücklicherweise keine galvanischen Nuten, dann hat es in der Regel andre Uebel, die den Drucker von Bogen zu Bogen an den Krieg erinnern. Entweder ist die Zusammen-

setzung des Papierstoffes und dessen Verarbeitung in der Papiermaschine eine so mangelhafte, daß die linke Seite eines Bogens ganz anders aussieht als die rechte; daß dicke und dünnere Bogen wie Brüder und Schwestern Hand in Hand gehen, und dabei trotzdem noch ihre spezifischen Eigenschaften haben, indem da und dort ein Knötchen oder eine Falte ist, und mehr als früher in schönen Friedenszeiten Formatdifferenzen, fehlende Eden usw. in bunter Reihenfolge abwechseln. Noch lästiger in seinen Nachteilen für den Druck ist das Stauben der Kriegspapiere. Die Luft in den Maschinenfälen wird dadurch oft ganz dick und bringt neben der Verschmutzung der Druckformen, Farbwerke, Anlageapparate usw. auch noch bedeutliche Atembeschwerden für das Personal. Zerreibt man den an irgendeiner günstigen Ablagerungsstelle liegenden Papierstaub zwischen den Fingern, so fühlt er sich nicht selten ganz körnig an, wie Sand. Von dieser Feststellung bis zur Erwägung der Nachteile solcher Papierqualitäten für Schrift, Bilder, Farbe, Delböhnen und Maschinenlager kann auch ein Nichtfachmann mit großer Sicherheit kommen, wenn er sich irgendwie selbst überzeugen will. Ganz abgesehen davon, daß manche Papiere das sogenannte Durchschlagen des Drucks als besonderes Uebel haben. Daß solche Unregelmäßigkeiten den geregelten Fortdruck erschweren, indem sie entweder ein mangelhaftes Druckbild ergeben, die Form beschädigen, die Walzen und Bänder belastigen und fortgesetzt Maschinenaufenthalte wegen Formen- und Walzenwaschens, Zurechtungsnachhilfe, Bänderregulierungsarbeiten usw. verursachen, ist un schwer zu begreifen. Nur sehen die Geschäftsleitungen solche Störungen gar nicht gern, und nicht wenige suchen oft den Fehler ganz wo anders als beim Papier. Sie rechnen einfach damit, daß, wenn z. B. eine Auflage an einer Maschine glatt durchgelaufen ist, es nur an dem betreffenden Druckmaschinenpersonal liegen kann, wenn es an einer andern Maschine nicht klappt. Daß aber das eine Ries oder der eine Ballen Papier oft ganz anders ist als der andre, das will ihnen nur schwer einleuchten. Der Drucker hat aber trotzdem seine Rot, und zwar noch oft unter Dreingabe ganz ungerechter Urteile und unbedingter Vorwürfe. Es hat zwar auch im Frieden nicht an ähnlichen Scherereien gefehlt; aber das Kriegspapier, die Kriegsfarben, die Kriegswaschmittel und die Kriegsklebstoffe haben in dieser Hinsicht schon mehr als genug unerfrenliche Arbeitsverhältnisse geschaffen. Glücklicherweise, der bei seiner Arbeit von solchen technischen Widerwärtigkeiten verschont bleibt!

Eigenartige Erscheinungen traten bei der diesen Zeiten zugrunde liegenden Untersuchung auch bezüglich des bekannten mechanischen Wilderzurihtverfahrens mittels der Zeichnung der Wilderzuriht mehrmals zutage. Die Zunahme des Wilderzurihts in den letzten Jahren hat diesem Verfahren eine sehr starke Verbreitung

gebracht. In nicht wenigen Mittel- und Großbetrieben sind mit der Ausführung der in Frage kommenden Reparaturen usw. der rationalen Ausnützung halber besondere Arbeitskräfte (sachkundige Maschinenmeister) ständig betraut. Hier hat sich nun im Laufe der Zeit in mehreren Fällen gezeigt, daß neben den Vorteilen einträglichster Wertung des Verfahrens leider auch schon bedenkliche Gesundheitsstörungen besonders heftiger Art zu verzeichnen sind. Störungen, die von ärztlicher Seite als schwer heilbar bezeichnet werden, sind hauptsächlich von solchen Kollegen berichtet worden, die tagtäglich nur Kreiderellezurichtungen anfertigen; während dort, wo diese Arbeit nur zeitweise, mit täglichen und stündlichen Unterbrechungen, vorgenommen werden muß, nur vereinzelt über nervöse Kopf- und Augenschmerzen geklagt wird. Von sachkundigen Kollegen wird jedoch allgemein behauptet, daß den Chemikalien, die bei diesem Arbeitsprozeß zur Lösung oder miteinander in Verbindung gebracht werden, in sanitärer Hinsicht nichts Gutes nachgesagt werden kann. Das Empfinden hat jeder, der damit zu tun hat, daß er sich mit einer brenzlischen Sache abgibt, der man nur unter dem Zwange der Verhältnisse nahe-treten kann. Der technische Wert der Sache wird von keiner Seite bestritten; aber auch keiner der zu Rate gezogenen Kollegen konnte die Ansicht äußern, daß das Verfahren in gesundheitlicher Beziehung einwandfrei sei. Der Krieg mit seiner weiteren Beschränkung des Handauschnittes und der verstärkten Verbreitung der mechanischen Kreiderellezurichtung hat neben den übrigen Schattenseiten der neueren Drucktechnik nun auch noch diese stärker hervor-treten lassen. Und es scheint ein Gebot der Vernunft zu sein, daß hier nach Mitteln und Wegen gesucht wird, einem Um-sichgreifen solcher Gesundheitsgefahren zeitlichen vorzubeugen und nicht abzuwarten, bis das Uebel eine stärkere Verbreitung gefunden hat.

Bei allen diesen Feststellungen wurde von jedem Beteiligten und Gewährsmann genügend berücksichtigt, daß wir unter anormalen Zeitverhältnissen leben, und daß daher vieles in Kauf genommen werden muß, was sonst als Mißstand ganz einschließen zu bekämpfen wäre. Trotzdem trägt aber die Fülle aller dieser Schwierigkeiten in nicht wenigen Betrieben zu der Annahme bei, daß die betreffenden Geschäftsleitungen entweder am falschen Orte zu sparen suchen oder sich der Untauglichkeit mancher Ersatzmittel gar nicht recht bewußt werden. Die Tatsache, daß bei oft ganz gleichartigen Betrieben in dieser Hinsicht die unterschiedlichsten Verhältnisse herrschen, läßt deutlich erkennen, daß nicht unbedingt alles so sein muß, wie es ist. Abhilfe ist in vielen Fällen möglich. Es handelt sich nur darum, daß man sich nicht davor scheut, auf das Urteil der Gelehrten mehr Gewicht zu legen als auf verlockende Anpreisungen mancher Lieferanten. Die Gelehrten haben ein lebhaftes Interesse daran, ihre Arbeit so gut und

Aus Industrie und Technik.

Von Richard Woldt.

Die Geschichte eines Flugzeuges.

IK. „Was halten Sie von der Taube?“ Diese Frage stellte ich kürzlich einem bekannten deutschen Meisterschafts-Pilger. Sein Urteil lautete ablehnend. Er fuhr nur Doppeldecker und sprach der leichten Taube jede wichtige Kriegsverwertung ab. Auch unter den Piloten gibt es eben Richtungen und Meinungsverschiedenheiten, der Krieg selbst mit seinen Belastungsproben für den Ernstfall wird das letzte entscheidende Urteil über die Brauchbarkeit der verschiedenen Kriegsmittel abgeben.

Aber mühevoll genug ist der Werdegang der Taube gewesen. In Volksmanns Verlag hat E. Sohn, der Generalsekretär des Bundes Deutscher Flugzeugführer, ein Buch „Der Pilger und sein Flugzeug“ erscheinen lassen. Darin veröffentlicht er auch einige interessante Einzelheiten über die technische Entwicklung jenes Eindeckers, der zuerst in Deutschland von der Firma Kumpfer gebaut und als „Taube“ bekannt wurde.

Der Erfinder dieses Typs ist Ignaz Etlich, ein Oesterreicher. Bereits im Jahre 1898 erwarb

Etlich aus dem Nachbarlande Otto Sillenthals dessen Gleitflieger zu Studienzwecken und im Winter 1899/1900 konstruierte er seinen ersten Eindecker, bei dessen Ausführung ihn sein Sohn Ino unterstützte.

Im Herbst 1903 wurde Franz Wels aus Wien engagiert, mit dem Igo Etlich die flugtechnischen Arbeiten gemeinsam fortsetzte. Etlich schaffte sich alle damals erhältlichen Werke über das Thema Luftschiffahrt an. Wels betrieb eingehende Untersuchungen der natürlichen Flieger, u. a. auch der fliegenden Hunde, von denen Etlich zwei lebende Exemplare kaufte.

In der Bibliothek befand sich auch eine Broschüre von einem deutschen Professor mit Namen Hilborn-Hamburg „Ueber die Stabilität der Drachenflieger“. Darin machte dieser Forscher auf die Fluglilien einer auf Java wachsenden Palmenart, der Janonia macrocampa aufmerksam, die weite Strecken vollständig stabil durchfliegen.

Die Natur hatte wieder einmal ein Vorbild geliefert. In diesem toten Samenorn erkannte Etlich einen Fingerzeig, in welcher Richtung man forschen müsse, um Tragflächen zu konstruieren, die ohne Zutun des Lenkers in sich stabil (d. h. in einer unveränderlichen Gleichgewichtslage) bleiben. Und Etlich hält an dieser Idee trotz vieler Mißerfolge fest.

Dieses sogenannte Stabilitätsprinzip der Janonia besteht darin, daß die von den Tragflächenenden abströmende Luft gefesselt wird und die Flugfläche automatisch in ihrer horizontalen Lage erhalten bleibt.

Zuerst wurden kleine Papiermodelle nach der Janoniaform angefertigt, die man schrittweise vergrößerte. Schließlich wurde 1904 ein 12,2 Meter großer Modelflieger aus Bambus gebaut, der bei einem Gewicht von etwa 20 Kilogramm eine Nutzlast von etwa 25 Kilogramm trug. Mit diesem Apparat wurden mit Sandbelastung viele hundert Gleitflüge ausgeführt, die trotz heftigstem Wind stets ohne Unfall verliefen. Es wurde auch die automatische Gleichgewichtslage dieser Flächenform selbst bei Bergstörung erprobt und bewiesen. Die Fluglängen betragen bei heftigem Wind bis zu einem Kilometer, wobei der Apparat als Drachen an einer Schnur langiert emporklag, dann einen Halbkreis beschrieb und mit dem Winde davonslog.

Im Jahre 1906 versuchte man, diesen Gleitflieger durch Einbau eines Fahrradmotors von 3/4 Pferdestärken zum horizontalen Flug zu bringen. An der geringen Kraft des Motors scheiterte der Versuch. Es wurden sodann die Pläne zu einem größeren Apparat entworfen, der im nächsten Jahre zur Vollenbung kam. Der

schnell wie möglich zu liefern, da nur dadurch die Arbeit für sie auch eine gewisse Befriedigung bietet und unerfreuliche Differenzen vermieden werden. Daher sehen sie es aber auch als ihr Recht an, gegebenenfalls Mißstände zu kritisieren und zu bekämpfen, die ihnen ohne besondere Notwendigkeit das Arbeiten erschweren. Die tägliche Arbeitszeit macht für den Arbeiter in der Regel mehr als die halbe Lebenszeit aus. Sein Interesse an erträglichen Arbeitsverhältnissen ist daher nicht minder groß als an der Lohnfrage. Und es fehlt nicht an Beispielen dafür, daß manche Betriebe auch oft nur deshalb einen starken Personalwechsel zu verzeichnen haben, weil in ihnen zum größten Teil Arbeitsmaschinen und Hilfsmittel zur Verfügung stehen, die keine ordentliche und befriedigende Arbeit zustande bringen lassen. Diese Umstände haben durch die hier in kurzen Zügen zusammengefaßten technischen Kriegsnotizen in den Maschinenfällen in vielen Fällen eine solche Verschärfung erfahren, daß man nur wünschen kann, die in Frage kommenden Buchdruckerelbesitzer, Geschäftsleiter oder sonstigen verantwortlichen Personen legten auf derartige Hinweise etwas mehr Gewicht als bisher. Auch dürfte es nur im Interesse der in Frage kommenden Lieferanten liegen, wenn sie mehr auf Brauchbarkeit ihrer Produkte als auf die Kriegskonjunktur Rücksicht nehmen würden.

Die Frau in der Armenpflege.

Wie schon erwähnt, hat die Tätigkeit der Frau in der Armenpflege sich in den letzten Jahren sehr erweitert. Nach Jenny Apolant nahm die Zahl der freiwilligen Armenpflegerinnen um 56 Prozent zu in den letzten fünf Jahren, die der besoldeten um 87 Prozent. Wir haben nach der Aufnahme in 45 Großstädten dort 2623 freiwillige und 609 besoldete Armenpflegerinnen. Die Hilfe der freiwilligen Armenpflegerinnen wird immer notwendiger, immer mehr erweitert, je länger der Krieg dauert. Das Unterstützungswohnsitz-Gesetz, das am 13. Juni 1913 im Reichstage angenommen wurde, bestimmt, daß das Existenzminimum eines Staatsbürgers aus öffentlichen Mitteln zu gewähren sei, falls er nicht in der Lage ist, es selbst zu beschaffen. Die Ausführung dieses Gesetzes erstreckt sich sinngemäß seit Ausbruch des Krieges auf die bedürftigen Familien der ausmarschierender Krieger, deren Unterstützung allerdings nach anderen Gesetzen (dem Kriegsunterstützungs-Gesetz vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914) geregelt wird. Der Unterschied besteht darin, daß diese Unterstützungen nicht als Armenunterstützungen anzusehen sind. Die Kriegsfrauen müssen gewöhnlich den Beruf und die monatliche Einnahme ihres Mannes vor dem Krieg angeben, weiter die Zahl ihrer Familienmitglieder, den Stand der jetzigen Einnahmen. Sie müssen Auskunft über die Höhe ihrer Wohnungsmiete erteilen, über

etwaige Schulden, über ihren Gesundheitszustand, über die Fähigkeit, Arbeit zu übernehmen. Wie es viel Zeit und Vorsicht erfordert, diese Fragen in sachlicher Weise zu stellen, so ist bei der Nachprüfung fast noch mehr Rücksicht zu nehmen. Man muß sich nur vorstellen, daß die Mehrzahl der Kriegerfrauen schon durch die Trennung von ihren Männern, durch die ewige Angst und Sorge um ihr Leben sich in einem Seelenzustand befinden, der ihre Nerven äußerst empfindlich macht. Dazu kommt, daß die Frauen meist niemals in der Lage waren, fremde Unterstellungen annehmen zu müssen. Es kommt dazu die Scheu, Auskunft geben zu müssen über intime Familienangelegenheiten, in die sie sonst keine fremde Person Einblick tun ließen. Ihr Stolz bäumt sich dagegen auf, Gänge tun zu müssen, die ihnen als Bettelei erscheinen. Es verletzt sie, daß man ihren Aussagen nicht ohne weiteres Glauben schenkt, sondern sie nachprüfen läßt.

So ist denn die Aufgabe der sich für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Helferinnen, die häufig den Kreisen der Armenpflegerinnen entstammen, besonders heikel und schwierig. Sie erfordert nicht nur viel wirkliche Menschenliebe, sondern auch eine große Menschenkenntnis. Die Frauen müssen das Gefühl haben, daß eine Freundin zu ihnen kommt, die Anteil nimmt an ihrem Geschick und den besten Willen hat, ihnen wirklich zu helfen. Es ist vielfach Sitte, namentlich wenn die aufsuchende Frau nicht zu Hause ist, bei Mitbewohnern Erkundigungen einzuziehen. Besonders hier ist größte Vorsicht am Platze. Der Krieg hat leider Reib und Kleinlichkeit nicht verschwinden lassen. Die Urteile Fremder sind leicht durch Mißgunst, persönliche Abneigung, Sachkenntnis beeinflusst und getrübt. Solchen Auskünften gegenüber ist größte Vorsicht geboten. Man darf sich nicht irremachen lassen durch hübsch eingerichtete Wohnungen. Gerade hier hat der Krieg oft das größte Unglück gebracht, wo man früher an ein sorgloses Leben gewöhnt war, wo die aufsteigende Stellung und damit die Hoffnung auf größere Einnahmen den Mann nicht daran denken ließ zu sparen.

Es kommen dann die Wohnungen, in denen man wenigstens den Schein einer gewissen Wohlhabenheit aufrechtzuerhalten sucht. Das geübte Auge der Armenpflegerin sieht recht wohl die gestopften Decken und Gardinen, die blankgeriebenen wurmförmigen Möbel. Sie sieht auch, welche Schulden eingegangen sind durch auf Abzahlung gekaufte Möbel und begreift, welche Last dadurch der ohnehin in Not geratenen Kriegerfrau aufgehaßt wird. Wie manche solche Häuslichkeit muß heute vernachlässigt werden, weil die Frau durch Erwerbsarbeit darin gehindert ist, sie zu pflegen.

Am schlimmsten steht es natürlich bei den Familien, die schon vor dem Kriege große Mühe hatten, sich durch das Leben zu schlagen. Gerade

hier war ja schon früher die Frau zum Mitverdienen gezwungen, je größer die Familie war, namentlich je mehr kleine Kinder sie zu versorgen hatte. Hier war schon früher die Unmöglichkeit, die Wohnung zum Heim zu gestalten. Das ist natürlich nicht besser, sondern schlimmer geworden. Die Aufwartestellen zwingen die Frauen, ihre Kinder halbe, oft ganze Tage allein zu lassen. Oder sie arbeiten zehn Stunden und länger in Fabriken. Hier kommen besonders Munitionsfabriken in Betracht. Das Kriegsnotgesetz vom 4. August 1914 hat ja die Erlaubnis gegeben, die vorhandenen wenigen Bestimmungen der Arbeiterinnenschutzgesetze während der Kriegszeit außer Kraft zu setzen, also auch die über die Beschränkung der Arbeitszeit. Es ist aber auch nicht anders bei den Heimarbeiterinnen. Häufig müssen sie zehn Stunden und mehr angestrengt arbeiten, um 20 Pf. bis 1.— Mk. am Tage zu verdienen. Schaudern sieht die Forscherin, wie das vielgepriesene „traute Heim“ in solchen Familien aussieht. Hat sie nicht den genügenden Einblick, fehlt es ihr an wahrer Herzensbildung, dann wird sie leicht aburteilen über die unordentliche Hausfrau, die zu faul und interesselos ist, um ihre Häuslichkeit in Ordnung zu halten. Die Aufgaben der Helferinnen in der Kriegsfürsorge und auch der Armenpflegerin dürfen sich nicht auf Nachprüfung beschränken. Sie können aufklären und belehren, allerdings immer mit dem entsprechenden Takt und in gewissen Grenzen. Es ist vorgekommen, daß Helferinnen, die erst während des Krieges mitarbeiteten, Anstoß an der sozialdemokratischen Zeitung nahmen, die sie in der Wohnung fanden. Es kann nicht genug betont werden, daß es sich nicht um Sönnerrinnen handelt, die den Bedürftigen mehr oder weniger wohlwollend gegenüberstehen, sondern daß es sich bei diesen um Rechte handelt, die sie beanspruchen dürfen. Andererseits können die Helferinnen manches Gute schaffen, wenn sie helfend eingreifen, daß kränkelnde Kinder zum Schularzt kommen, leidende Frauen in Erholungsanstalten geschickt werden. Viele Frauen kennen die Einrichtungen nicht, die von den Gemeinden zu ihrer Erleichterung schon vor dem Kriege getroffen wurden und die jetzt nach Möglichkeit ausgebaut und erweitert werden. Die Armenpflegerinnen müssen genau damit vertraut sein und vermitteln, wo Unwissenheit oder Unbeholfenheit den rechten Weg nicht finden lassen. Je mehr sie sich in ihre Aufgaben vertieft, um so größer und wertvoller werden die Dienste sein, die die Armenpflegerin in der Gemeinde zu leisten vermag. Gerade hier wird aber Einstellung besoldeter Kräfte immer notwendiger werden für die Stellung, die eine Fülle von Kenntnissen und Zeit erfordert. Gerade hier ist es aber auch notwendig, daß die Arbeiterschaft Einfluß und Vertretung in ausgebehrtem Maße bekommt, als das heute noch der Fall ist.

(Gewerkschaftliche Frauenzeitung.)

auf Hufen montierte Gleitflieger wurde mit einem 70 Kilogramm schweren Sandsack belastet, auf einen Rollwagen gestellt und auf einem Schienengleise herabgelassen, das talwärts führte. Sobald der Wagen die kritische Geschwindigkeit erreichte, löste sich der Apparat davon los und glitt in schönem ruhigen Gleitflug talwärts. Er landete dann jedesmal bis 300 Meter von der Abflugstelle entfernt, glatt.

Ran entschloß sich Wels, an Stelle des Sandsackes die „Leitung“ selbst zu übernehmen. In Anwesenheit einer großen Zuschauermenge führte Wels am 8. und 13. Oktober 1906 mehrere wohlgeungene Gleitflüge aus, wobei er bis 20 Meter Höhe und 250 Meter Fluglänge erreichte.

Einige Wochen später fand für die Entwicklung der Flugtechnik in Paris ein wichtiges Ereignis statt. Santos Dumont flog die ersten 50 Meter mit einem durch Motorraft getriebenen Drachenflieger. Etlich beschloß, auch mit Motoren zu arbeiten. Und nun beginnt in der Entwicklung dieses Flugzeuges ebenfalls eine Lebenszeit: Der Motor mußte der Schrittmacher des Fortschrittes sein und die Schwierigkeiten in der Ausbildung des Motors, für die steigenden Ansprüche um betriebsfertige Kraftmaschinen zu erhalten, führten immer wieder zu Mißerfolgen.

Wir überschlagen diese Episoden, es sei nur erwähnt, daß Etlich seinen tüchtigsten Mitarbeiter verlor: Wels wurde abtrünnig, er glaubte nicht mehr an die Brauchbarkeit des Eindeckers der Zanonia-Form, er wandte sich dem Zweidecker zu und war von seinem Vorurteil nicht mehr abzubringen.

Etlich bildete sich neue Mitarbeiter heran, er fand einen tüchtigen Mann in seinem Werkmeister Züner.

Nachdem mit besseren Motoren erfolgreichere Flugversuche gelungen waren, entschloß sich Etlich selbst zu einer Systemänderung. Es zeigte sich, daß die Zanoniaform mit der Motorarbeit sich schlecht vertrat. Der Apparat parierte nicht in seiner Leichtigkeit und Gleichgewichtslage schnell genug. Etlich baute einen neuen Eindecker, dem er die äußere Form einer Laube in Gleitflugstellung gab. „In diesem Monoplan „Laube“ hat Zuo Etlich einen Flugapparat konstruiert, der dem besten französischen würdig an die Seite gestellt werden konnte, soweit die Flugfähigkeit in Betracht kam, der aber an Stabilität alle übertraf; und diesen Ruf der Stabilität hat er bis heute siegreich behauptet.“

Auch für später kamen für Etlich Tage des Erfolges: Nach einem mit der Berliner Firma Kumpfer abgeschlossenen Lizenzvertrag fand die

Etlich den Apparat nach Berlin, wo ihn Züner außer Konkurrenz bei der Flugwoche dem deutschen Publikum vorführte. Züner nahm auch später als Passagier unter Führung eines Militärs an dem militärischen Übungsflug in Johannisthal-Berlin teil. Im Februar 1912 machte der Oberleutnant Bahrens in der „Laube“ einen Rekordflug von Berlin nach Hamburg und zurück.

Als erster Flugführer für die Kumpferwerke wurde in Wien Hellmuth Firth ausgebildet, einer der großen Selbsterbauer unter den Piloten. Dieser holte sich in den Kieler Flugwochen fast sämtliche ersten Preise und gewann dann noch den Kathreinerpreis mit 50 000 Mk., in dem er in 5½ Stunden mit Passagier von München nach Berlin flog.

Ob die Laube nun im Krieg so gut abschneiden wird? Allen Anschein nach nicht. Viele Zeichen sprechen dafür, daß die Entwicklung mehr zum Zweidecker geht, zum Flugzeug, das mit mindestens zwei Mann Besatzung nicht nur erkundet, sondern auch in Angriff und in der Verteilung eine erhöhte Kriegskraft besitzt. Aber selbst in dem Fall sind die Arbeiten von Etlich und seinem Gehilfen wichtig genug gewesen und haben durch die Erfahrungen der angestellten Versuchsarbeiten die Erkenntnisse auf dem Gebiet der Flugtechnik bereichern helfen.

Korrespondenzen.

Sträßburg i. E. Am 4. März fand in Sträßburg die im November 1915 verhaltene ordentliche Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst der gefallenen Kollegen Karl Schwarz und Pfister in üblicher Weise gedacht. Der Kollege Hartmann gab den Rechenschaftsbericht, da er seit Einberufung unferer Kassierers Ernwein die Kasse geführt hat. Dieser Bericht wurde von den Revisoren E. Mueß und Ernwein nach dem Kassenstand für richtig erklärt. Ueber die Lokalkasse berichtete ebenfalls der Vorsitzende; er schilderte die großen Mehrausgaben, die durch die immer größer werdende Zahl der unterstützungsberechtigten Angehörigen eingezogener Kollegen entstanden sind. Der Antrag des Vorstandes zur Wiedereinführung eines Lokalbeitrages, der seinerzeit wegen Einführung des neuen Statuts von einer Versammlung aufgehoben wurde, ist in folgender Form einstimmig angenommen: „Alle, die zurzeit einen Beitrag von 40 Pf. und darüber leisten, zahlen vom 1. April ab 5 Pf. mehr als Lokalbeitrag.“ Der Vorsitzende schilderte dann die Schwierigkeiten, die der Vorstand überwinden mußte, weil durch die Einberufungen nicht weniger als dreimal eine Neuzusammenfassung derselben vorgenommen werden mußte. Kollege Hartmann schilderte die Tätigkeit des Vorstandes bei Erlangung der Feuerungszulage, die von den Firmen Schulz u. Co., Elsaß-Lotringische Druckerei und der Sträßburger Post ab 1. August bis 1. Januar als vorläufige Unterstützung ausbezahlt wurde und von der Firma Schulz u. Co. sogar jetzt noch in anerkannter Weise weiterbezahlt wird. Die neuesten Nachrichten gewährten eine einmalige Feuerungszulage. Der Vorstand setzt sich jetzt nach einstimmiger Neuwahl aus folgenden Personen zusammen: Kollege Hartmann, erster Vorsitzender; Kollege E. Mueß, zweiter Vorsitzender; Kollege Ernwein, Kassierer; Kollege Eug. Schwarz, Schriftführer; Kollege Horneder, Beisitzer. Die Remuneration des Vorstandes blieb wie im vorigen Jahre.

Rundschau.

Freier oder unfreier Arbeiter? Seit Monaten sind in Berlin Arbeiter in größerer Zahl beschäftigt, die aus den besetzten polnischen Gebieten, namentlich aus Lodz, hierhergekommen sind. Bei der Vermittlung dieser Arbeiter haben die zuständigen deutschen Polizei- und Militärbehörden mitgewirkt, auch stehen diese Arbeiter hier unter polizeilicher Kontrolle. Aus diesem Umstande folgern manche Arbeitgeber, daß für die betreffenden Arbeiter weder die Reichsgesetzgebung, noch sonstige auf das Arbeitsverhältnis bezügliche Gesetzesbestimmungen gelten. In besonders trasser Weise wurde diese Ansicht kürzlich vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts in Berlin vom Beklagten vertreten. Der Beklagte war in diesem Falle der Magistrat von Berlin, als dessen Prozessbevollmächtigter ein Stadtschreiber erschienen war. Als Kläger trat ein Schlosser aus Lodz auf, ein auf deutschsprechender, gewandter junger Mann, der bei den städtischen Gaswerken in Arbeit stand. Er hat bei seiner Annahme in Lodz einen Arbeitsvertrag unterzeichnet, wodurch er sich dem Arbeitgeber auf vier bis sechs Monate verpflichtet, und zwar sollte er als Schlosser oder mit anderen für ihn geeigneten Arbeiten beschäftigt werden. Der Kläger ist mit mehr als 100 Arbeitern gleichzeitig angenommen worden. Alle unterzeichneten das ihnen vorgelegte Schriftstück, ohne es zu lesen. Der Kläger kochte aus den mündlichen Abreden nur, daß er in Berlin als Schlosser beschäftigt werden solle, aber nicht, daß er auch zu anderen Arbeiten verpflichtet war. Der Kläger wurde hier von den städtischen Gaswerken bei der Unterhaltung der Straßenbeleuchtung beschäftigt und bekam den für Schlosser und Rohrleger in diesem Betriebe geltenden Stundenlohn von 66 Pf. Der Kläger meint, er habe Arbeiten verrichten müssen, die keine Schlosserarbeiten seien. Deshalb machte er dem Beleuchtungsinspektor Guldner Vorhaltungen und verlangte, man solle ihn als Schlosser beschäftigen. Inspektor Guldner wies den Kläger ab und dieser verließ deshalb die Arbeit. Da er seine Legitimationspapiere nicht bekam und infolgedessen keine Arbeit fand, forderte der Kläger Schadenersatz. Der Vertreter des Beklagten be-

tritt die Zuständigkeit des Gewerbegerichts mit der Begründung: Die aus Lodz hierher vermittelten Arbeiter seien keine freien Arbeiter, sondern eine Art von Zivilgefangenen. Sie ständen nicht unter der Gewerbeordnung, könnten also auch nicht vor dem Gewerbegericht klagen. Diese Arbeiter hätten gar nicht das Recht, ihre Arbeitsstelle beliebig zu wechseln. Nur wenn der Arbeitgeber in der amtlichen Legitimationskarte des Arbeiters vermerke, daß das Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß gelöst sei, könne sich der Arbeiter eine andere Stelle suchen. Werde das Arbeitsverhältnis nicht ordnungsmäßig gelöst, dann sei der Arbeitgeber verpflichtet, dies dem Oberkommando zu melden und der betreffende Arbeiter werde abgehoben. Auch sachlich sei die Klage unbegründet, denn der zur Arbeitsleistung auf vier bis sechs Monate verpflichtete Kläger habe die Arbeit schon nach drei Monaten niedergelegt, er könne also keinen Schadenersatz verlangen. — Die Legitimationspapiere gab der Stadtschreiber dem Kläger im Termin zurück. Zur Zuständigkeitsfrage bemerkte der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Schallhorn: Es sei keine Verordnung bekannt, aus der sich ergebe, daß für die während des Krieges nach hier vermittelten polnischen Arbeiter die auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben seien. Die rechtlichen Verhältnisse könnten für die polnischen Arbeiter nicht anders liegen wie bei den anderen ausländischen Arbeitern, die in Deutschland ein Arbeitsverhältnis eingehen und dadurch unter die hierauf bezüglichen Bestimmungen des deutschen Rechts fallen. Hieran werde auch dadurch nichts geändert, daß der Freizügigkeit der polnischen Arbeiter durch die Militärbehörden weitgehende Beschränkungen auferlegt seien und daß sie abgehoben würden, wenn sie gegen diese Vorschriften verstoßen. Jeder Ausländer könne ja, wenn er sich lästig mache, ausgewiesen werden. Dadurch würden aber seine Rechte aus dem Arbeitsverhältnis nicht berührt. Das Gericht erklärte sich für zuständig, weil ein gültiger Arbeitsvertrag des Klägers mit dem Gewerbebetriebe des Beklagten vorliege. Der Schadenersatzanspruch — das ist die einzige Forderung des Klägers — wurde aus folgenden Gründen abgewiesen: Ob der Beklagte verpflichtet war, dem Kläger die Legitimationspapiere sofort herauszugeben, brauchte das Gericht nicht entscheiden, weil die Herausgabe der Papiere durch die Klage nicht gefordert wird. Der Anspruch auf Schadenersatz ist nicht berechtigt. Der Kläger hatte kein Recht, das Arbeitsverhältnis zu lösen, weil er sich dem Beklagten für mindestens vier Monate nicht nur zu Schlosser-, sondern auch zu anderen Arbeiten verpflichtet hatte. Der Kläger hat das Arbeitsverhältnis nicht ordnungsgemäß gelöst. Der Beklagte konnte also in der Legitimationskarte die ordnungsmäßige Lösung nicht bescheinigen. Ohne diese Bescheinigung konnte der Kläger, gemäß den für ihn geltenden Bestimmungen der Militärbehörde, keine Arbeit finden, ihm ist also durch Verschulden des Beklagten kein Schaden entstanden. Nachdem das Urteil verkündet war, gab das Gericht dem Kläger den Rat, er möge versuchen, wieder bei den Gaswerken in Arbeit zu treten, denn er habe ja nun gehört, was er zu befürchten habe, wenn sein Austritt, der Vorchrift entsprechend, dem Oberkommando gemeldet werde. Inspektor Guldner bemerkte, daß von seiner Seite der Wiedereinstellung des Klägers nichts im Wege stehe, doch nicht er — der Inspektor —, sondern die Direktion habe darüber zu entscheiden.

Die deutsche organisierte Arbeiterschaft leistet Großartiges im Kriege! Wir wollen heute nicht von den ungeheuren Leistungen unserer Feldgrauen berichten, die allgemein, wenigstens heute noch, anerkannt werden. Wir meinen die finanziellen Leistungen der Organisationen hinter der Front für die zurückgebliebenen Familien der ins Feld Gezogenen. Dafür bringen alle gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen geradezu staunenswerte Opfer. So hat der Verband der deutschen Buchdrucker z. B. von Kriegsbeginn an bis Ende Dezember 1915 6381 107 Mk. an Unterstützungsgeldern ausgezahlt, davon an Familienunterstützung aus Gau- und örtlichen Kassen allein 1 006 135 Mk. Aber so groß auch diese Opfer sind, sie bedeuten einen Bruchteil dessen, was nach dem Kriege notwendig sein wird für die Familien, deren Ernährer die Heimat nicht wiedersehen. Hier zu helfen, ist die Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse bestimmt, bei der alle Kriegsteilnehmer versichert werden sollten. Diese Notwendigkeit wird dringend erwiesen durch die Zahl der Opfer, die der Krieg erfordert. Von den 41 611 organisierten Buchdruckern, die zum Heeresdienst einberufen wurden, waren am 31. Dezember 1915 3281 als gefallen oder gestorben gemeldet;

von 25 815 (17 238 verheiratet) eingezogenen Mitgliefern der sozialdemokratischen Partei in Hamburg sind bis Ende 1915 1240 (763 verheiratet) als gefallen gemeldet. Dabei werden sicher zahlreiche Familien sein, die es sehr bedauern, sich nicht an der Kriegsversicherungskasse beteiligen zu haben. Nach dem Stande der Kasse am 11. März sind 339 930 Mk. für 67 986 Anteile eingezahlt, die drei Monate nach Friedensschluß unter die Familien zur Verteilung gelangen, die Angehörige im Kriege verloren haben. Es wird eine gute Hilfe für viele sein, deren man sich bezzeiten versichern sollte! Jede Rechnungsstelle der Volksfürsorge nimmt Versicherungen entgegen. Für jeden Kriegsteilnehmer können bis zu 20 Anteilseine für je 5 Mk. erworben werden.

Eingegangene Druckschriften.

„Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns“. Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist nunmehr das Protokoll der Verhandlungen jener Wirtschaftskonferenz erschienen, die am 9. Januar d. J. im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz von Fritz Ebert von Vertreterschaften der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie Deutschlands und Oesterreichs abgehalten wurde. Die wichtige Konferenz ging hervor aus der Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit für die Sozialdemokratie der mitteleuropäischen Staaten, auf dem Plane zu sein, wenn die Bourgeoisie daran geht, ein engeres politisches und wirtschaftliches Verhältnis zwischen beiden Staaten herzustellen, denn es handelt sich darum, zu verhindern, daß höhere Zölle und wirtschaftliche Erschwerungen geschaffen werden, die auf Kosten der Arbeiterklasse nichts anderes bedeuten würden als die Bourgeoisie zu bereichern. In zwei einbrudsvollen Referaten wurden von Karl Renner und Heinrich Cunow die geschichtliche Bedeutung und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der handelspolitischen Annäherung beleuchtet. Die Referate werden durch ihre großen Gesichtspunkte auf der Tagesordnung der weiteren Auseinandersetzungen über die seit Jahr und Tag in Konferenzen und in Druckschriften behandelte Frage bleiben. Sie sind der Auftakt zu den Beratungen und Entscheidungen, die künftighin auf sozialdemokratischen Parteitagen geschehen werden. In der Wirtschaftskonferenz vom 9. Januar gaben sie zu einer Debatte Anlaß, an der von deutscher Seite Robert Schmidt, Lebebour, Hoch, Cohen-Kreiß, E. Meyer, Mollenhuth, David, von österreichischer Seite Viktor Adler, Ellenbogen, Seitz, Renner teilnahmen. Auch diese Debatten sind nach dem stenogramm-in der Protokollschrift zum Abdruck gelangt. Bei einem Umfang von 56 Drucksseiten Protokollformat kostet die Schrift 1.— Mk. Zu beziehen ist sie durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag.

Gewerkschaftliche Frauenzeitung.

Erscheint alle 14 Tage Mittwoch. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen zum Preise von 40 Pf. vierteljährlich. Durch die Vertrauensleute des Verbandes bezogen nur 20 Pf. — Schriftleitung: Gertrud Hanna, Berlin. — Die Zeitung soll der gewerkschaftlichen Erziehung der weiblichen Verbandsmitglieder und der Frauen unserer männlichen Mitglieder dienen. Jeder verheiratete Kollege soll sie darum für seine Frau bestellen. 20 Pf. im ganzen Vierteljahr wird für diesen Bildungszweck ein Jeder selbst in der Kriegszeit noch übrig haben.

Einzeln Zahlstellen haben schon eine hübsche Anzahl Abonnenten gesammelt. Probenummern liegen in den Ortsverwaltungen zur Ansicht aus.

Abonnementserklärungen sind den Zahlstellenvorständen zu übermitteln. Die Zahlstellenvorstände werden ersucht, diese Befellungen an die Redaktion der „Solidarität“, Berlin NO. 18, Cbingerstr. 18, III, weiterzugeben. Jeder Bestellung ist der Abonnementpreis von 20 Pf. für ein Quartal in Briefmarken beizufügen.